

Tagesordnung I Punkt 7 der öffentlichen Sitzung am 24. April 2012

Vorlagen-Nr. 12-F-33-0024

**Für eine ökologische und zukunftsfähige kommunale Energieversorgung in Wiesbaden!
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0043 vom 06.03.2012**

Mit dem „Dreizehnten Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes (AtG)“ hat der Deutsche Bundestag am 30. Juni 2011 beschlossen, bis zum Jahre 2022 alle Atomkraftwerke in Deutschland stillzulegen. Damit wurde der Weg zur Umstellung auf eine regenerative bzw. umweltfreundlichere und risikoärmere Energieversorgung frei gemacht.

Das bedeutet, dass künftig noch viel stärker als bisher die Förderung alternativer Energiegewinnung im Mittelpunkt der Überlegungen zur künftigen Energieversorgung stehen werden. Gleichzeitig ist (noch) für die Abdeckung der Spitzenlasten auf umweltfreundlichere und effizientere fossile Kraftwerke zu setzen. Deshalb ist zu erwägen, wie die kommunale Energiegewinnung am Kraftwerksstandort Ingelheimer Aue langfristig gesichert werden kann.

Der Ausschuss wolle daher beschließen:

- (1) Der Ausschuss begrüßt ausdrücklich die Planungen zur Errichtung eines neuen GuD-Kraftwerkes auf der Ingelheimer Aue und die Bemühungen des Magistrats zu deren Realisierung. Der Magistrat wird gebeten, weiterhin mit dem Bund über die Gewährung einer Bereitstellungsprämie zu verhandeln.
- (2) Um die Energieversorgung für Wiesbaden dauerhaft zu sichern, den Kraftwerksstandort Mainz-Wiesbaden zu erhalten und die kommunalen Energieversorgungsunternehmen ESWE und KMW zu stärken, wird der Magistrat gebeten darzulegen, unter welchen Bedingungen sich ein neu zu errichtendes Gas- und Dampfkraftwerk auf der Ingelheimer Aue umsetzen lässt und darüber im Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit zu berichten.
- (3) Der Magistrat wird des Weiteren gebeten, im Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit regelmäßig über aktuelle Entwicklungen in den KMW zu berichten.

Beschluss Nr. 0065

Der Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0043 vom 06.03.2012 ist durch die Aussprache erledigt.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .04.2012

Maritzen
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, . .2012

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, ..2012

Dezernat I
Dezernat II
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister